

11.07.2012 - 12:50 Uhr

Media Service: Hans-Werner Sinn zum Streit unter den Top-Ökonomen: «Ich weiss, wovon ich rede»

Zürich (ots) -

Die jüngsten Beschlüsse des EU-Gipfels lösten beim Präsidenten des renommierten Ifo-Instituts in München eine Reaktion aus: «Es reicht.» Er verfasste zusammen mit Kollegen einen öffentlichen Appell, der mittlerweile von 200 Ökonomen unterschrieben wurde und eine heftige Debatte auslöste. «Nach Meinung dieser Ökonomen ist das Fass auf dem Gipfel überlaufen», sagt Sinn im Interview mit der «Handelszeitung». «Mit der Absicherung der Staatsschulden der Krisenländer haben sich die anderen Länder bereits übernommen. Nun auch noch perspektivisch die Absicherung der dreimal so grossen Bankschulden zu versuchen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.»

Sinn kontert den Vorwurf, statt einer nüchternen Diagnose und Analyse stünden die Emotionen im Vordergrund. Mit dieser Wortwahl fielen die Vorwürfe auf die Kritiker zurück. «Ich habe gerade zwei umfassende wissenschaftliche Analysen des Krisengeschehens neu veröffentlicht und war auch in den vorangehenden Jahren auf dem Gebiet wissenschaftlich nicht untätig. Ich weiss, wovon ich rede.»

Der Ökonom und wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums wehrt sich dagegen, dass der europäische Rettungsschirm ESM, der die Haftung für Staatskredite übernimmt, die Banken nun direkt rekapitalisieren darf, wenn die Verluste das Eigenkapital aufbrauchen. «Normalerweise steht in diesem Fall eine Insolvenz oder eine Restrukturierung an, bei der die Gläubiger das fehlende Eigenkapital durch Forderungsverzicht beibringen.» Das tue jetzt der ESM an ihrer Stelle. Die Krise verschärfe sich permanent. «Aber nun errichten wir öffentliche Haftungssysteme, sodass die Krise auch die gesunden Staaten ansteckt.»

Die Pensionskassen und Investmentfonds aus der ganzen Welt, die viel Geld in die EU-Krisenstaaten und deren Banken investierten, haben laut Sinn dasselbe Interesse: «Den Steuerzahler anderer Länder zahlen zu lassen und damit den Konkurs zu vermeiden.» Deshalb seien der Druck und die Kritik aus den angelsächsischen Ländern und den Schuldenstaaten auf Kanzlerin Merkel so gross. Doch Sinn ist überzeugt, dass es viel gerechter und besser für die Wirtschaftsentwicklung sei, die Gläubiger selbst zur Kasse zu bitten. «Die Euro-Zone könnte ein geordnetes Verfahren entwickeln, womit die Gläubiger zu einem partiellen Forderungsverzicht gezwungen werden.»

Das Ergebnis des EU-Gipfels ist laut Sinn für alle schlecht. «Deutschland muss zahlen, die Südländer sind nicht wettbewerbsfähig, obwohl sie das Geld kriegen. Die Folge ist Massenarbeitslosigkeit. Wir sind in einer Sackgasse angelangt.»

Kontakt:

Mehr Informationen erhalten Sie unter der Nummer 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100721682> abgerufen werden.